



Niederschrift

über die Sitzung des Kultur- und Jugendausschusses 22/2003-2008 am 26.3.2007 im Raum 1.22 des Rathauses

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 19.50 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender	Wilfried Wengler
Ausschussmitglied	Simone Brocks
"	Hans-Detlef Bruhn
"	Holger Hoffmann (ab TOP 3)
"	Gudrun Hohn
"	Annette Marquis
"	Jörg Möhlenbrock
"	Thea Rahl
"	Clauss-Dieter Rommerskirchen
"	Moiken Silberbauer
"	Hans-Joachim Werner
seitens der Gemeindeverwaltung	Bürgermeister Volker Dornquast Gleichstellungsbeauftragte Annegret Horn Anja Riemer Dana Brumme als Protokollführerin
ferner Bürgervorsteher	Joachim Süme
als Gäste zu TOP 3	Timo Nienstedt und Constantin Fühner (Kinder- und Jugendparlament)
als Gast zu TOP 4	Herr Dr. Jochen Brems (Geschäftsführer VHS)

Den Ausschussmitgliedern wird zu Beginn der Sitzung die Tischvorlage „Zuschuss für die Dachsanierung und Sanierung der Ostfassade der Tennishalle des FCU sowie Gewährung eines Gemeindedarlehens – Antrag des FCU“ vorgelegt. Es besteht Einigkeit, dass diese unter TOP 8 eingefügt wird. Alle weiteren Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend. Somit ergibt sich folgende geänderte

Tagesordnung:

- 1. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
- 2. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Kultur- und Jugendausschusses 21/2003 – 2008 am 26.02.2007**
- 3. Projekt „Jugendecke“ in der Gemeindebücherei und -mediothek**



- 4. Geschäftsbericht 2006 der Volkshochschule Henstedt-Ulzburg e. V.**
- 5. Schulentwicklung nach dem neuen Schulgesetz**
- 6. Festlegung der zuständigen Grundschulbereiche**
- 7. Dunstabzugshaube für die Cafeteria im Schulzentrum – Antrag der WHU-Fraktion**
- 8. Zuschuss für die Dachsanierung und Sanierung der Ostfassade der Tennishalle des FCU sowie Gewährung eines Gemeindedarlehens – Antrag des FCU**
- 9. Unterrichtungen / Anfragen**
- 10. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Es werden keine Fragen gestellt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

„Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Kultur- und Jugendausschusses 21/2003 – 2008 am 26.02.2007“

Herr Werner erhebt Einwände zu TOP 6 des letzten Protokolls (Seite 11, 5. Absatz): Er stellt richtig, dass sich die SPD-Fraktion (außer Herrn Bruhn) in Bezug auf die Mittagsverpflegung in den Horten und in der offenen Ganztagschule für die Alternative 2 des Beschlussvorschlages ausspricht. Herr Bruhn favorisiert die Alternative 1.

Frau Honerlah geht davon aus, dass die Beschlussfassung der vergangenen Sitzung hinsichtlich der Dachsanierung der Halle des FCU keine weitere Beschlussfassung erforderlich macht.

Herr Wengler verweist darauf, dass dieses Thema unter TOP 8 der heutigen Sitzung noch behandelt wird.

Weitere Einwände gegen die Niederschrift werden nicht erhoben. Sie gilt somit unter Einfügung der Korrektur als genehmigt.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

„Projekt „Jugendecke“ in der Gemeindebücherei und -mediothek“

Zu diesem TOP ist den Mitgliedern des Kultur- und Jugendausschusses der Antrag der Kinder- und Jugendvertretung zugegangen.

Die als Gäste zu diesem TOP eingeladenen Mitglieder der Kinder- und Jugendvertretung, Timo Nienstedt und Constantin Fühner, stellen sich vor und erläutern den Antrag.



Frau Silberbauer erkundigt sich bei diesen, wer die Idee zur Einrichtung der Jugendecke hatte.

Die Anregung käme von Frau Raguse, Leiterin der Gemeindebücherei und -mediothek. Dann erfolgte eine Beratung im Kinder- und Jugendparlament, es wurde eine Projektgruppe gebildet. Hieraus entstand der vorliegende Antrag.

Frau Hohn begrüßt im Namen der CDU-Fraktion das Engagement der Kinder- und Jugendvertretung. Nicht befürworten könne sie jedoch den Standort der geplanten PC-Ecke. Diese sei zu „versteckt“. Sie gibt zu bedenken, dass keine Gewährleistung über die Dauer der Internetnutzung existiere und darüber, dass keine jugendgefährdenden Seiten angewählt würden. Auch die kostenfreie Nutzung des Internets sei nicht akzeptabel.

Timo Nienstedt teilt mit, dass gegen den Zugriff auf jugendgefährdende Seiten eine Software installiert werden könne. Die Stellfläche der PC-Ecke sei aus Platzgründen so gewählt worden, da außerdem noch Tische und Stühle aufgestellt werden sollen.

Constantin Fühner ergänzt, dass bei den Recherchen auch Ruhe benötigt würde.

Herr Bruhn wendet sich an den Bürgermeister mit der Frage, ob die in unmittelbarer Nachbarschaft der Gemeindebücherei befindliche Spielothek mit Internetcafé nicht Konkurrenz bekäme durch die kostenfreie Bereitstellung des Internetzuganges in der Gemeindebücherei und -mediothek. Darüber hinaus hätten die Schüler in den Schulen die Möglichkeit der Internetnutzung.

Herr Dornquast hält die Kostenfreistellung für die Internetnutzung für vertretbar.

Frau Marquis spricht sich im Namen der WHU-Fraktion für das Projekt aus. Sie regt an, einen Filter einbauen zu lassen, der den Abruf jugendgefährdender Seiten unmöglich macht. Nur Jugendliche sollten die PCs kostenfrei nutzen können. Evtl. sei eine zeitliche Begrenzung einzurichten.

Herr Rommerskirchen ist der Meinung, dass in den Räumen der Gemeindebücherei reichlich Stellplatz für die PCs vorhanden sei. Es bestünden bereits jetzt zwei Arbeitsplätze. Seines Wissens könnten beispielsweise die Jugendlichen beim Besuch des Jugendzentrums „Tonne“ nur unter Aufsicht das Internet nutzen. Das Personal der Bücherei wäre angesichts des geplanten Standortes der Computer mit der Aufsicht überfordert. Eine Aufsicht sei jedoch unumgänglich. Ferner geht Herr Rommerskirchen davon aus, dass mittlerweile die meisten Jugendlichen einen PC zu Hause haben.

Herr Hoffmann berichtet aus beruflicher Erfahrung, dass eine Zugangsverwaltung sowie eine zeitliche Begrenzung der Internetnutzung technisch möglich sei. Er bietet den Jugendlichen dahingehend seine Hilfe an. Zudem sollte Vertrauen in die Jugend vorausgesetzt werden.

Frau Silberbauer schließt sich ihrem Vorredner an: Computer stünden zu Hause, in der Bücherei und in den Jugendzentren zur Verfügung. PCs würden jedoch auch Gefahren für die Jugendlichen bergen. Die Einrichtung einer Jugendecke in der Gemeindebücherei und mediothek wird von ihr grundsätzlich begrüßt.



Herr Möhlenbrock plädiert auch dafür, den Jugendlichen Vertrauen entgegen zu bringen. Wenn Missbrauch des Internets beabsichtigt sei, würden sich andere Wege finden. Eine Kontrolle sei in der Gemeindebücherei noch eher denkbar als beispielsweise in einem Internetcafe, wo keine Sperren eingerichtet wären. Hinsichtlich der kostenfreien Nutzung durch die Jugendlichen weist er darauf hin, dass hier über ein Volumen in Höhe von maximal 650,00 € jährlich zu diskutieren sei.

Frau Marquis erläutert, dass der Sinn des Antrages darin läge, die Jugendlichen für die Gemeindebücherei und -mediothek zu interessieren.

Herr Hoffmann bezeichnet die Einrichtung der Jugendecke in der Gemeindebücherei und -mediothek als attraktiv und zeitgemäß.

Frau Brocks stellt fest, dass Referate überwiegend in Teamarbeit erstellt werden. Die Wahrscheinlichkeit, dass einer der Schüler im Team zu Hause über einen PC verfüge, sei daher groß. Einen kostenfreien Internetzugang in der Bücherei, unterstützt durch die Gemeinde, erachtet sie nicht als notwendig. Sie geht ferner davon aus, dass die technischen Möglichkeiten zur Einrichtung eines Filters gegen jugendgefährdende Webseiten nicht lückenlos wären.

Bei den anschließenden Wortmeldungen der anwesenden Jugendlichen werden folgende Argumente für die Einrichtung der Jugendecke hervorgebracht:

- Vordergründig sei die Nutzung der Gemeindebücherei durch die Jugendlichen.
- Für das Internetcafé der Spielothek gelte eine Alterbegrenzung von 18 Jahren.
- Dort und auch in den Jugendzentren gäbe es nicht die nötige Ruhe zum Ausarbeiten von Referaten.
- Es gäbe noch immer Schüler, die keinen PC zu Hause haben.
- Die vorhandenen privaten Arbeitsplätze böten der Schülergruppe zu wenig Raum.
- Software zur Einschränkung von Zugangsmöglichkeiten sowie Zeitbegrenzungen seien preislich erschwinglich.
- Die PCs der Schule könnten mangels Aufsichtspersonen nicht am Nachmittag genutzt werden.
- Vorteile böten die Verbindung der Medien „Buch“ und „Internet“, sowie die ruhige Atmosphäre in der Gemeindebücherei und -mediothek.
- Es sei unwahrscheinlich, dass der Personenkreis, der sich jugendgefährdender Seiten im Internet widme, in einer Bücherei anzutreffen sei.
- Ein Zeitlimit sei aus Sicht der Jugendlichen einzusehen.

Frau Hohn beantragt, diesen TOP zurückzustellen, bis die Möglichkeit der zeitlichen Beschränkung und des Einbaus von Filtern geprüft sei. Eine generelle Kostenfreiheit sowohl für Jugendliche als auch für Erwachsene lehnt sie ab.

Frau Lessing äußert sich zur Entwicklung der Gemeindebücherei.

Sie sieht Vorteile darin, dass die Schüler die Bücherei nutzen und gleichzeitig bestimmte Begriffe im Internet nachsehen könnten.

Eine Ablehnung des Antrages des Kinder- und Jugendparlamentes stellt ihrer Ansicht nach einen Widerspruch zum Bestreben um einen kinder- und jugendfreundlichen Ruf der Gemeinde dar.



Frau Honerlah befindet einen Verzicht auf die Einnahmen für Internetnutzung in Höhe von jährlich 650,00 € als vertretbar, wenn dadurch die Attraktivität der Gemeindebücherei und -mediothek gesteigert würde.

Sie weist darauf hin, dass mit steigender Klassenstufe der Zugang zu einem internetfähigen PC seitens der Lehrer vorausgesetzt würde; nicht nur für Referate, auch für Hausaufgaben.

Frau Silberbauer erkundigt sich, ob die Bereitstellung von zwei weiteren Computern notwendig sei, da bereits 2 Computer vorhanden wären.

Frau Raguse, Leiterin der Gemeindebücherei und -mediothek, bestätigt, dass derzeit 2 Internet-Arbeitsplätze vorhanden wären. Jedoch solle einer davon der Jugendecke zur Verfügung gestellt werden. Weiter sollen die Schüler einen Multimedia-PC erhalten, auf welchem beispielsweise Bewerbungen geschrieben werden können.

Der zweite Internet-Arbeitsplatz stünde weiterhin den übrigen Nutzern der Gemeindebücherei und -mediothek kostenpflichtig zur Verfügung. Der Gebührenverlust würde daher 650,00 € jährlich nicht erreichen.

Frau Brocks schlägt vor, dass die Jugendlichen in der Gemeindebücherei anhand von Büchern recherchieren und anschließend kostenfrei das Internet in den Jugendzentren nutzen.

Frau Hohn schlägt vor, dass die Verwaltung eine Sperre für jugendgefährdende Seiten einrichten solle.

Herr Wengler möchte den TOP vertagen, um den Rat der Schulleitungen einholen zu können.

Frau Hillebrenner, Leiterin der Realschule im Schulzentrum, meldet sich zu Wort. Sie unterstützt den Antrag der Jugendlichen. Die Nutzung der Schulcomputer in den Nachmittagsstunden sei aufgrund der fehlenden Aufsicht nicht möglich. Zudem müssten die Räume wieder verschlossen werden. Sie bedauert den Weggang der Bücherei aus dem Gebäude im Schulzentrum.

Frau Rückert, Leiterin der Realschule Rhen, stimmt dem zu.

Herr Wengler regt an, die Einrichtung der Jugendecke ein Jahr lang zu testen. Die Verwaltung solle die technische Möglichkeit der Einrichtung einer Filtersoftware und eines Zeitlimits sowie die hieraus entstehenden Kosten prüfen. Nach Ablauf des Jahres soll dem Ausschuss über Erfahrungen Bericht erstattet und erneut beraten werden.

Beschluss:

Der Kultur- und Jugendausschuss beschließt dem Antrag der Kinder- und Jugendvertretung entsprechend der Anlage zur Vorlage zunächst für ein Jahr zuzustimmen.

Beschlussfassung:

einstimmig



Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

„Geschäftsbericht 2006 der Volkshochschule Henstedt-Ulzburg e. V.“

Den Mitgliedern des Ausschusses liegt der Geschäftsbericht 2006 der Volkshochschule Henstedt-Ulzburg e. V. vor.

Herr Dr. Brems, Geschäftsführer der Volkshochschule, wurde zu diesem Punkt als Gast eingeladen und erläutert ergänzend den Geschäftsbericht.

In Bezug auf die im Geschäftsbericht angeführten Kritikpunkte (Arbeitsauslastung der hauptamtlichen Mitarbeiter und beengte Raumsituation) sei zwischenzeitlich eine Lösung gefunden worden:

1. Angesichts der knappen Personalsituation erfolgte eine leichte Anpassung.
2. Vor dem Hintergrund der beengten Raumsituation wird zunächst für drei Jahre das Erdgeschoss des ehemaligen Ingenieurbüros Böge und Jäckle, Lindenstr. 93 angemietet.

Herr Dr. Brems sieht die VHS als wichtige Institution in der Gemeinde fest verankert. Es sei eine sehr gute Akzeptanz bei den Bürgern erreicht worden. Ca. jeder 5. Bürger nutze die Volkshochschule.

Die Stärke der VHS läge u. a. im Kinder- und Jugendbereich.

In diesem Zusammenhang bedankt sich Herr Dr. Brems für die gute Unterstützung durch die Gemeinde.

Er teilt mit, dass in diesem Jahr die 5jährige Bindung des bestehenden Vertrages zwischen der Gemeinde und der VHS ausliefere und beantragt, über die Verlängerung des Vertrages über weitere 5 Jahre in der nächsten Sitzung abzustimmen.

Investitionen sollen wie bisher aus eigenen Mitteln finanziert werden.

Herr Dr. Brems sieht in der Gemeinde einen stabilen Partner für die kommenden Jahre.

Herr Rommerskirchen erkundigt sich, ob die im Bericht von Herrn Dr. Brems angesprochenen mangelnden hygienischen Zustände in den Räumen des Schulzentrums nicht an die entsprechenden Stellen weitergeleitet wurden.

Herr Dornquast merkt an, dass vor Jahren die finanziellen Mittel für die Reinigung gekürzt wurden, daraufhin wurden die Reinigungsintervalle verringert. Mittlerweile wird durch die Verwaltung geprüft, ob aufgrund eines Beschlusses des Finanz- und Wirtschaftsausschusses in der vergangenen Woche die Sanitäreinrichtungen des Schulzentrums wieder öfter gereinigt werden können.

Beschluss:

Der Kultur- und Jugendausschuss nimmt den Geschäftsbericht 2006 der Volkshochschule Henstedt-Ulzburg e. V. zur Kenntnis

Beschlussfassung:

einstimmig



Zu Punkt 5 der Tagesordnung: **„Schulentwicklung nach dem neuen Schulgesetz“**

Die Ausschussmitglieder haben zu diesem TOP eine Beratungsvorlage erhalten. Herr Wengler liegt anliegender Antrag der SPD-Fraktion vor, den TOP von der Tagesordnung abzusetzen.

Begründet wird dieser Antrag wie folgt: Die besondere Eile einer Beschlussfassung erscheint nicht angemessen. Vor einer Beschlussfassung sollte der Elternwille zum Ausdruck gebracht werden, den Fraktionen Gelegenheit zur Prüfung der LVO über Gemeinschaftsschulen gegeben werden und ein abschließendes Gespräch mit den Schulen stattfinden.

Herr Möhlenbrock ergänzt, dass zudem bislang noch keine Regionalschulverordnung veröffentlicht wurde.

Herr Dornquast stellt klar, dass keine Beschlussfassung anlässlich der heutigen Sitzung erwartet würde. Die Diskussion zu diesem Thema müsse aber bereits beginnen. Er informiert die Anwesenden, dass am 08.05.2007 eine Einwohnerversammlung zu diesem Thema im Bürgerhaus geplant sei. Die Beteiligung der Schulen wäre vorgesehen.

Es sei beabsichtigt, die Diskussion in den Gremien anzuregen, um dann im Oktober/November eine Grundsatzentscheidung durch die Gemeindevertretung fällen zu können.

Herr Möhlenbrock hat keine Einwände gegen eine öffentliche Diskussion. Seiner Ansicht nach tendiere die Vorlage jedoch zur Einführung von Regionalschulen, ohne die Meinungsbildung der Vertreter abzuwarten.

Herr Bruhn und Herr Werner schließen sich dem an.

Herrn Dornquast betont noch einmal, dass lediglich die Diskussion in den Fraktionen angeregt werden sollte, da die Diskussionen in der Bevölkerung bereits stattfänden.

Herr Süme stellt die geplante Einwohnerversammlung in den Vordergrund. Hier würden Fachleute, Elternvertreter etc. geladen sein, welche entsprechende Informationen für die Meinungsbildung in den Fraktionen geben können.

Frau Marquis merkt an, dass die Vorlage zu diesem TOP bereits einen Beschlussvorschlag enthielte. Sie möchte, dass den Eltern Gelegenheit gegeben wird, sich eine umfassende Meinung zu bilden. Es sollten sowohl Eltern aus den betreffenden Schulen als auch die Schulleitungen angehört werden.

Frau Brocks schlägt vor, eine offene Diskussion zu führen. Mit Herrn Wengler in seiner Funktion als Landtagsabgeordneter stünde ein Fachmann zur Verfügung.

Frau Lessing teilt mit, dass die Regionalschulverordnung voraussichtlich erst in 2 Monaten vom Parlament beschlossen wird. Sie regt an, dass vorerst in den Fraktionen parteiintern diskutiert werden solle, dann würde die Einwohnerversammlung stattfinden, danach könne eine Beschlussfassung erfolgen.

Ohne Herrn Wengler Fachkenntnisse auf diesem Gebiet absprechen zu wollen ist Frau Marquis der Meinung, dass bei einer umfassenden Diskussion auch andere Fachleute beteiligt werden müssten.



Herr Wengler fasst zusammen:

- das Schulgesetz ist verabschiedet
- die Gemeinschaftsschulverordnung wurde erlassen
- die Sonderschulverordnung wird heute diskutiert
- der Erlass der Regionalschulverordnung wird im Mai erwartet

Er schlägt vor, zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen Beschluss zu fassen. Es sollte sich aber in Bezug auf die Verfahrensweise geeinigt werden. Hoher Öffentlichkeitsdruck und mangelnde Information der Eltern machten dieses notwendig.

Z.Z. existiere keine Schulentwicklungsplanung des Kreises Segeberg. Eingebunden werden müsse auch das gemeindliche Umfeld (z. B. Wakendorfer Schüler). Das Gesetz verlange aber eine Abstimmung mit dem Schulträger. So sei auch die Entscheidung des Kreises abzuwarten.

Herr Bruhn bittet die Verwaltung, zusätzlich ein Konzept zur Errichtung einer Gemeinschaftsschule ohne Oberstufe vorzubereiten.

Herr Möhlenbrock erklärt sich damit einverstanden, dass anlässlich der heutigen Sitzung über die Vorgehensweise diskutiert wird.

Nach einer kurzen Diskussion hierzu wird über den Antrag der SPD-Fraktion abgestimmt.

Beschluss: **Der Kultur- und Jugendausschuss beschließt, Punkt 5 von der Tagesordnung abzusetzen.**

Beschlussfassung: **5 Stimmen dafür:** **WHU-Fraktion**
SPD-Fraktion
Herr Hoffmann

6 Stimmen dagegen: **CDU-Fraktion**

Auf Vorschlag von Herrn Dornquast einigen sich die Ausschussmitglieder anschließend auf folgende Vorgehensweise und Zeitplan:

08.05.2007	Einwohnerversammlung u. a. mit der Schulrätin im Bürgerhaus
18.06.2007	Sitzung KJA, mit eingeladenen Fachleuten
	Die Fraktionen werden gebeten, die einzuladenden Fachleute bis zum 17.04.2007 der Verwaltung vorzuschlagen.
27.08.2007	Sitzung KJA, Diskussion
spätestens	
01.10.2007	Sitzung KJA, Beschlussfassung
20.11.2007	Sitzung GV, Beschlussfassung
anschließend	Folgebeschlüsse

Zwischen den genannten Terminen sollten Podiumsdiskussionen der Parteien stattfinden.

Herr Bruhn teilt mit, dass die SPD-Fraktion die Podiumsdiskussionen unterstütze. Es sollten auch die Personalräte der betroffenen Schulen angehört werden.



Herr Dornquast versichert, dass seitens der Verwaltung die Prüfung der sinnvollsten und wirtschaftlichsten Variante erfolgt. Die weiteren Beratungen über Höhe und Bereitstellung der finanziellen Mittel erfolgen im Finanz- und Wirtschaftsausschuss.

Beschluss:

Der Kultur- und Jugendausschuss spricht sich dafür aus, den Konvectomaten in der Cafeteria im Schulzentrum mit einer Abluftmöglichkeit auszurüsten.

Die Verwaltung wird beauftragt, die geeignetste und wirtschaftlichste Möglichkeit sowie die Kosten zu prüfen.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss wird gebeten, hierfür Mittel außerplanmäßig bereitzustellen.

Der Gemeindevertretung wird empfohlen, einen gleichlautenden Beschluss zu fassen.

Beschlussfassung:

einstimmig

Für die Meinungsbildung der Fraktionen über den TOP 8 wird die Sitzung für 10 Minuten unterbrochen.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

„Zuschuss für die Dachsanierung und Sanierung der Ostfassade der Tennishalle des FCU sowie Gewährung eines Gemeindedarlebens – Antrag des FCU“

Die Ausschussmitglieder haben eine Tischvorlage mit Anlagen erhalten, die von Herrn Dornquast ergänzend erläutert wird.

Herr Bruhn bitte um Änderung der Bezeichnung „Tennishalle des FCU“ in „Halle des FCU“.

Herr Wengler bittet darum, dass bei der Sanierung der Ostfassade Materialien verwendet werden, die weniger vandalismusanfällig sind.

Darüber hinaus möchte er wissen, ob sich das vorliegende Gutachten auch auf die Beschaffenheit des Hallenbodens bezöge.

Herr Dornquast versichert dies.

Weiterer Beratungsbedarf ergibt sich nicht.



Beschluss:

Die Gemeinde beteiligt sich finanziell an den Kosten für die Sanierung des Daches

durch die Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 30% der förderfähigen Kosten - max. ausgehend von 320.000,00 €- das wären 96.000,00 €

und

durch die Gewährung eines Gemeindedarlehens. Ausgehend von förderfähigen Kosten von 320.000,00 € beläuft sich die Darlehenssumme auf maximal 90.000,00 €

Der Zuschuss soll zu je einem Drittel (max. 32.000,00 €) in den Haushalten 2007 – 2009 bereit gestellt werden. Der Zuschuss 2007 ist im 1. Nachtrag 2007 bereit zu stellen.

Das Darlehen ist bei angenommenem Baubeginn noch im Jahr 2007 im 1. Nachtrag 2007 zu veranschlagen.

Der Kultur- und Jugendausschuss spricht sich weiterhin grundsätzlich dafür aus, die Sanierung der Ostfassade der Tennishalle mit 30% der förderfähigen Kosten, ausgehend von max. 30.000,00 €, das wären max. 9.000,00 € zu bezuschussen.

Voraussetzung für die Bezuschussungen beider Maßnahmen ist, dass sich Kreis und Land ebenfalls mit Zuschüssen beteiligen und die Finanzierung sicher gestellt ist.

Die Genehmigung zum vorzeitigen Baubeginn für beide Maßnahmen wird erteilt.

Der bestehende Nutzungsvertrag der Gemeinde mit dem FC Union Ulzburg ist für eine neue Laufzeit von 25 Jahren zu verlängern.

Der Gemeindevertretung wird nach der Beratung im Finanz- und Wirtschaftsausschuss hinsichtlich der Bereitstellung und Veranschlagung der erforderlichen Haushaltsmittel eine entsprechende Beschlussfassung empfohlen.

Beschlussfassung:

einstimmig



Zu Punkt 9 der Tagesordnung: **„Unterrichtungen / Anfragen“**

Unterrichtungen

Förderung besonders begabter Schülerinnen und Schüler

Herr Dornquast teilt mit, dass das Projekt „Deutsches Museum“ im Alstergymnasium nicht mehr stattfindet. Stattdessen nehmen weitere Schülerinnen und Schüler am Projekt „DESY“ teil.

Betriebserlaubnis der „Spielstunde Rhen – Kinder für Morgen e. V.“

Weiter informiert Herr Dornquast darüber, dass die „Spielstunde Rhen – Kinder für Morgen e. V.“ beabsichtigt, die Betriebserlaubnis für den Betrieb eines Kindergartens ab dem 01.08.2007 zu erwirken.

Zwischen Gemeinde und Kirche sei dann ein Vertrag über die Defizitfinanzierung zu schließen. Der Vertragsentwurf würde den Gremien zu gg. Zeit vorgelegt werden.

Frau Horn erkundigt sich nach der in Frage kommenden Altersgruppe der Kinder.

Zu Protokoll wird mitgeteilt, dass nach telefonischer Rücksprache mit Frau Schuldt, Vereinsvorsitzende, in der genannten Einrichtungen Kinder im Alter von 3 Jahren bis zum Schuleintritt betreut werden sollen.

Anfragen

Frau Silberbauer bezieht sich auf den den Fraktionen zugegangenen Antrag des FCU für die Förderung der Anschaffung von Tischtennisplatten. Sie erfragt, ob vor dem Hintergrund der geplanten Fusionierung der Tischtennisabteilungen der hiesigen Sportvereine die Anschaffung notwendig sei.

Herr Dornquast erläutert, dass es sich hier um Ersatzbeschaffungen handelt. Trotz Fusionierung müssten die vorhandenen Platten auf alle Schulen verteilt werden. Zudem müsse auch für die Durchführung von Turnieren eine ausreichende Anzahl von Tischtennisplatten vorhanden sein.

Herr Rommerskirchen bestätigt, dass die vorhandenen Platten teilweise in sehr schlechtem Zustand wären. Er weist darauf hin, dass die Fusionierung zum 01.01.2009 angedacht sei.

Herr Rommerskirchen fragt an, ob in der Turnhalle Rhen eine Klingel oder ähnliche Einrichtung angebracht werden könne, für den Fall, dass sich Personen aussperren.

Herr Dornquast sagt eine Prüfung zu.

Frau Marquis bezieht sich auf einen kürzlich erschienenen Presseartikel zum Thema Familienlotse. Lt. diesem Artikel würde die Gemeinde Henstedt-Ulzburg die drei Kriterien der UNESCO für eine familienfreundliche Kommune erfüllen. Sie möchte wissen, welche Kriterien das wären, und wer dieses festgestellt hätte.

Herr Dornquast entgegnet, dass während des Pressegespräches hierzu keine Aussage getroffen worden wäre. Die von Frau Marquis gestellte Frage könne nur vom Autor des Artikels beantwortet werden.



Frau Honerlah entnahm dem gleichen Artikel, dass ab dem 01.08.2007 das dritte gleichzeitig betreute Kind eine Ermäßigung von 100 % erhalten solle.

Herr Süme ergänzt, dass die Sozialstaffel des Kreises Segeberg dieses vorsieht. Bisher beliefe sich die Ermäßigung für das dritte gleichzeitig betreute Kind auf 60 %.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung:
„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Es werden keine Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern gestellt.

gez. Wilfried Wengler
(Ausschussvorsitzender)

gez. Dana Brumme
(Protokollführerin)

Gesehen:

gez. Volker Dornquast
(Bürgermeister)

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsverein Henstedt-Ulzburg
Fraktion**

Vorsitzender: Horst Ostwald
Hirtenweg 23
24558 Henstedt-Ulzburg

Fon: 04193 94306/993672
Fax: 04193 78598
Mobil: 0170 5271614
e-mail: ostho@t-online.de
internet: www.spd-
segeberg.de/henstedt-ulzburg

SPD-Fraktion – Hirtenweg 23 – 24558 Henstedt-Ulzburg

Herrn
Wilfried Wengler

Vorsitzender des Kultur- und Jugendausschusses

20.03.07

Sitzung des Kultur- und Jugendausschusses am 26.03.07

Sehr geehrter Herr Wengler,

die SPD-Fraktion beantragt hiermit, den Tagesordnungspunkt 5 „Schulentwicklung nach dem neuen Schulgesetz“ von der Tagesordnung der Ausschusssitzung am 26.03. zu nehmen.

Begründung:

1. Die besondere Eile, einen Beschluss herbeizuführen, ist bei dieser zukunftsweisenden Entscheidung nicht angemessen.
2. Der Kulturausschuss sollte keinen Beschluss herbeiführen, bevor
 - in einer öffentlichen Veranstaltung der Elternwille zum Ausdruck gebracht wurde,
 - die Fraktionen ausreichend Zeit hatten, die Landesverordnung über Gemeinschaftsschulen zu prüfen und
 - ein abschließendes Gespräch mit den Schulen stattgefunden hat.

Mit freundlichen Grüßen

Horst Ostwald
Fraktionsvorsitzender

SPD